



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 50/93

Berlin

16. Dezember 1993

60. Jahrgang

## Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands Systemtransformation durch Annäherung an Rußland?

### DRITTER ZUSATZBERICHT

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

*Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 9. Februar 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute legen hiermit ihren dritten Zusatzbericht über die Wirtschaft Weißrußlands vor.*

*Mit diesem Bericht\* wird versucht, die in den früheren Berichten\*\* vorgenommene Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Weißrußlands zu aktualisieren. Seitdem hat sich die politische und wirtschaftliche Lage Weißrußlands zuge-  
spitzt. Die Analyse wurde durch die unzureichende statistische Berichterstattung erschwert. Nach wie vor bestehen erhebliche Informationslücken, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Geldmenge und des Kreditvolumens, aber auch hinsichtlich der aktuellen Produktionsentwicklung und der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen. Hinzu kommen unzureichende und unklare Aussagen über die Auswirkungen der Inflation auf die Einkommensverteilung und die Allokation von Produktionsfaktoren. Die Institute versuchten, mit Hilfe von Konsultationen mit Vertretern des Staatskomitees für Wirtschaft und Planung und des Forschungsinstitutes des Staatskomitees die Informationslücken zu schließen, jedoch bleiben erhebliche Unsicherheiten über Stand und Verlauf des Transformationsprozesses bestehen.*

*Der Bericht konzentriert sich entsprechend den Vorstellungen des Auftraggebers auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Situation und der Reformschritte in Weißrußland.*

\* Dieser Bericht wird auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 222/1993, und als IWH Forschungsreihe 8/1993 veröffentlicht.

\*\* Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Vor der Entscheidung für Marktwirtschaft? Erster Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1992. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 196/1992, und als IWH Forschungsreihe 5/1992 veröffentlicht. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Konflikt zwischen sozialen Prioritäten und Systemtransformation? Zweiter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1993. Dieser Bericht wurde auch als IWH Forschungsreihe 3/1993 veröffentlicht.

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

### Produktion, Investitionen, Preise

Die wirtschaftliche Entwicklung Weißrußlands wird wesentlich durch zwei Faktoren beeinflusst. Zum einen ist die Regierung bemüht, Arbeitslosigkeit und Realeinkommenseinbußen durch eine weiterhin straffe staatliche Lenkung gering zu halten. Zum anderen haben die Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen mit den übrigen Nachfolgestaaten der UdSSR, von denen Weißrußland in besonderem Maße abhängig ist, destabilisierend gewirkt. Der Rückgang der Lieferungen hat zu Engpässen in der Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen und Energie geführt, gleichzeitig ist der Absatz weißrussischer Produkte auf dem früheren sowjetischen Binnenmarkt stark zurückgegangen.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1993 konnte eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Weißrußland nicht erreicht werden (vgl. Tabelle 1).

Die monatlichen Inflationsraten verharren auf einem Niveau zwischen 20 und 30 vH, der höchste monatliche Preisanstieg wurde im Februar verzeichnet (+36 vH), der niedrigste im Juli (+18 vH). Der Produktionsrückgang hat sich im Vorjahresvergleich unvermindert fortgesetzt. Das produzierte Nationaleinkommen sank in den ersten acht Monaten gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres um 12 vH (1992: -11 vH). Wegen der fortbestehenden „weichen Budgetrestriktionen“ sind die Staatsunternehmen nach wie vor keinem Zwang zur Senkung ihrer

Lohnkosten ausgesetzt. So sind die Nominaleinkommen trotz zurückgegangener Produktion gegenüber dem Vorjahr stärker angestiegen als die Verbraucherpreise, so daß die Realeinkommensverluste aus dem Jahre 1992 weitgehend aufgefangen wurden. Auch sind Auswirkungen des geringeren Produktionsvolumens auf die Beschäftigtenzahlen bis jetzt nicht zu verzeichnen.

Der Rückgang der Industrieproduktion (vgl. Tabelle 2) fiel in den ersten acht Monaten 1993 mit knapp 16 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich stärker aus als 1992 (-9,6 vH).

Wie im Vorjahr kam es in der Brennstoffindustrie, die vor allem russisches Erdöl weiterverarbeitet, wegen der rückläufigen Zulieferungen zu einem massiven Produktionseinbruch (-45 vH). Es ist zu erwarten, daß dort in diesem Jahr nur noch 30 vH des Produktionsniveaus von 1990 erreicht werden. Auch der überdurchschnittliche Rückgang in der chemischen und petrochemischen Industrie (-17 vH) ist wesentlich auf Engpässe bei der Rohstoffversorgung zurückzuführen. Für den Maschinenbau weist die Statistik insgesamt eine stabile Produktion aus, wobei die Vermutung einer unzureichenden Preisbereinigung jedoch naheliegt<sup>1</sup>. Die Entwicklung bei den

<sup>1</sup> Die unzureichende Preisbereinigung ist ein chronisches Problem in der Produktionsstatistik der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere in den statistischen Angaben für die verarbeitenden Industriezweige. Ein Indiz hierfür ist im Falle des weißrussischen Maschinenbaus z.B. die Produktion von Gesenkschmiedemaschinen, die von Januar bis August 1993 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode mengenmäßig um 73 vH zurückging, wertmäßig aber nur um 53 vH.

Tabelle 1

Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren  
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	Jan.-Aug. 1993
Produziertes Nationaleinkommen	-3,2	-3,0	-11,0	-12
Industrieproduktion	+2,1	-1,5	-9,4	-15,6
Agrarproduktion	-8,7	-4,9	-10,0	.
Investitionen	+9,0	-8,0	-15,0	-9
Einzelhandelsumsatz, real	+14,7	-0,5	-26,0	+8
Dienstleistungen	+6,3	-15,7	-28,0	-27
Nominaleinkommen, Jahresdurchschnitt	+17,7	+92,0	+720	+1 013 <sup>1)</sup>
Einzelhandelspreise, Jahresdurchschnitt	+4,5	+80,0	+1 020	+895 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Durchschnitt Januar bis August 1993 gegenüber der entsprechenden Periode 1992.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 7 ff., S. 166; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-dekabr' 1992 goda, Minsk 1993, S. 1 ff.; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare -avguste 1993 goda, Minsk 1993, S. 5 ff.; Ekonomika sodruzhestva nezavisimych gosudarstv, Moskau 1993, S. 106-107.

Tabelle 2

Industrieproduktion nach Industriebereichen  
Veränderungen in vH

	1991 zu 1990	1992 zu 1991	Januar/August 1993 zu Januar/August 1992	1993 zu 1990 (Prognose) <sup>1)</sup>
Industrie insgesamt	-1,0	-9,6	-15,6	-23,5
Elektroenergieerzeugung	+0,3	-3,4	-7,6	-8,6
Brennstoffindustrie	-6,0	-43,3	-44,9	-68,6
Eisen- und Stahlindustrie	+13,0	-14,9	-7,4	-13,3
Chemie und Petrochemie	-7,0	-15,7	-17,1	-34,8
Maschinenbau und Metallverarbeitung	+4,0	-9,2	-0,5	-8,6
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	+4,0	-6,0	-5,1	-5,1
Baustoffindustrie	+0,2	-3,8	-16,5	-19,6
Leichtindustrie	-0,1	+3,7	-7,0	-9,4
Nahrungsmittelindustrie	-10,0	-17,6	-16,6	-33,6

<sup>1)</sup> Die Prognosezahlen für die Veränderungen 1993 gegenüber 1990 stammen aus der zuletzt genannten Quelle.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 342; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-dekabr' 1992 goda, Minsk 1993, S. 6; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-avguste 1993 goda, Minsk 1993, S. 48; Spravka o chode strukturnoj perestrojki v promyšlennosti respublikii i osnovnych napravlenijach raboty v etoj oblasti, Minsk 1993, Tab. 1.

einzelnen Erzeugnissen dieses Sektors war sehr unterschiedlich. Zuwächse gab es bei verschiedenen langlebigen Konsumgütern, während die Produktion bei der Mehrzahl der Investitionsgüter zurückging. Bei einigen Erzeugnissen des Maschinenbaus steht der nachgewiesene Produktionszuwachs (Elektromotoren: +34 vH; Lastkraftwagen: +6 vH; Kreiselpumpen: +26 vH; Mährescher: +10 vH) im Widerspruch zu den stark rückläufigen Ausfuhren im Intra-GUS-Handel. Es muß bezweifelt werden, ob diese Produkte auch tatsächlich abgesetzt werden können. In der Nahrungsmittelindustrie (-17 vH) gab es Probleme mit der Belieferung von Agrarprodukten. 85 vH der Industrieproduktion stammen aus Staatsunternehmen, der Rest überwiegend aus ehemaligen Staatsbetrieben, die an die Belegschaften verpachtet wurden<sup>2</sup>.

In der Landwirtschaft wird für 1993 eine um 1 vH höhere Getreideernte als im Vorjahr erwartet. Bei Kartoffeln wird mit einem Anstieg der Erträge um mehr als 10 vH und bei Zuckerrüben um 45 vH gerechnet. Demgegenüber ist die Produktion von tierischen Erzeugnissen rückläufig (Fleisch: -11 vH; Milch: -13 vH)<sup>3</sup>.

Bei der Investitionstätigkeit dominiert weiterhin der Einfluß des Staates. Die größeren Investitionsvorhaben in der Volkswirtschaft werden als Bestandteil der staatlichen Strukturpolitik nach wie vor zentral geplant. Die stärkere

staatliche Investitionslenkung dürfte der entscheidende Faktor für den im Vergleich mit Rußland relativ geringen Rückgang der Investitionen sein. Insgesamt sanken die Investitionen von Januar bis August 1993 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 9 vH. Die Investitionsquote liegt etwa bei 15 vH des produzierten Nationaleinkommens<sup>4</sup>. Die im Staatssektor getätigten Investitionen, die einen Anteil von über 80 vH am gesamten Investitionsvolumen haben, gingen um 12 vH zurück. Ein erheblicher Teil der Investitionen außerhalb des Staatssektors dürfte auf die Kolchosen entfallen. 52 vH der staatlichen Investitionen entfielen auf Produktionsanlagen. Besonders stark gesunken sind die Investitionen in die Baustoffindustrie (-40 vH) und in den Maschinenbau (-23 vH). Überdurchschnittlich war auch der Rückgang der Investitionen in das Verkehrswesen (-15 vH). Im Wohnungsbau blieb die Fertigstellung von Wohnraum auf dem Vorjahresniveau<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Vgl. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — avguste 1993 goda, Minsk 1993, S. 8 ff. und 46 ff.

<sup>3</sup> Vgl. O rabote..., a.a.O., S. 13 ff. und 58 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Ekonomika sodružestva nezavisimych gosudarstv, Moskau 1993, S. 102 f.

<sup>5</sup> Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 17 f. und 70 f.

Tabelle 3

Entwicklung der Verkaufspreise der Industrie nach Branchen  
Durchschnitt der Basisperiode jeweils = 100

	1992 zu 1991	Dezember 1992 zu Dezember 1991	Januar bis August 1993 zu Januar bis August 1992	August 1993 zu Dezember 1992
Industrie insgesamt	2 465	4 191	1 426	775
Elektroenergieerzeugung	3 553	8 543	1 952	938
Brennstoffindustrie	6 706	21 830	1 969	469
Eisen- und Stahlindustrie	4 039	5 395	1 124	847
Chemieindustrie	3 629	5 680	1 325	598
Petrochemie	2 626	5 875	1 569	748
Maschinenbau	2 745	3 413	1 251	912
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	1 929	2 659	1 040	708
Baustoffindustrie	2 496	4 478	1 759	855
Glasindustrie	1 623	1 712	633	657
Leichtindustrie	1 266	1 847	1 048	613
Nahrungsmittelindustrie	1 191	2 148	1 180	776
Mühlenindustrie	2 476	8 635	2 713	595
Futtermittelindustrie	2 047	4 492	1 493	602

Quellen: Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar'-dekabr' 1992, Minsk 1993, S. 44; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-avguste 1993 goda, Minsk 1993, S. 105.

Die überwiegend nicht mehr zentral festgelegten Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel lagen im Durchschnitt der Monate Januar bis August 1993 um 1 330 vH über dem Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode, seit Jahresbeginn sind sie um 675 vH gestiegen (vgl. Tabelle 3). Am stärksten sind bis August 1993 die Stromtarife gestiegen (+840 vH), während die Preise für Brennstoffe, die im Jahresverlauf 1992 die höchste Steigerungsrate aufgewiesen hatten, mit 370 vH nur noch unterdurchschnittlich zunahm. Um mehr als 800 vH wurden die Preise für Erzeugnisse des Maschinenbaus angehoben.

Die Erhöhung der Verbraucherpreise blieb bisher 1993 hinter dem Anstieg der industriellen Erzeugerpreise zurück, was vor allem darauf hindeutet, daß die Regierung weiterhin bemüht ist, inflationsbedingte Verteilungswirkungen durch Preissubventionen zu vermindern (vgl. Tabelle 4). Im Durchschnitt der ersten acht Monate lagen die Einzelhandelspreise für Güter und Dienstleistungen um 895 vH über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums; gegenüber dem Preisniveau im Dezember 1992 betrug der Anstieg bis August 1993 529 vH (Nahrungs-

mittel: +524 vH; übrige Konsumgüter: +546 vH; Dienstleistungen: +489 vH)<sup>6</sup>. Nach wie vor wird offenbar ein wesentlicher Teil der Verbraucherpreise staatlich kontrolliert. Die starken monatlichen Schwankungen bei der Veränderung des Verbraucherpreisindex erklären sich auch durch die Auswirkungen der punktuell vorgenommenen Erhöhung administrierter Preise.

#### Lohnentwicklung und Beschäftigung

Die Lohnentwicklung unterliegt auch 1993 partiell einer staatlichen Regulierung: Während die Unternehmen die Löhne und Gehälter der Beschäftigten selbst bestimmen können<sup>7</sup> (nur die Mindestlöhne sind verbindlich festgeschrieben), werden die Löhne in den aus dem Staatshaushalt finanzierten Einrichtungen über das 1992 eingeführte „Einheitliche Tarifsystern“ festgelegt. Dabei kommt ein Indexierungssystem zur Anwendung, das außer für

<sup>6</sup> Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 35 und 101 ff.

<sup>7</sup> Predprijatija v Belorusskoj SSR. In: Sovetskaja Belorussija vom 27. Dezember 1990.

Tabelle 4

**Preisentwicklung 1993**  
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH

	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucher- preise
Januar 1993	+ 35,7	+ 25,0
Februar 1993	+ 42,0	+ 35,9
März 1993	+ 29,7	+ 30,7
April 1993	+ 29,6	+ 29,2
Mai 1993	+ 23,4	+ 21,6
Juni 1993	+ 16,4	+ 23,9
Juli 1993	+ 21,7	+ 18,3
August 1993	+ 36,9	+ 23,1
August 1993 zu Dezember 1992	+ 675,3	+ 529,1

*Quelle:* O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-avguste 1993 goda, Minsk 1993, S. 35 und 37.

braucherpreise (jeweils um 840 vH), also unveränderte Reallöhne. Der Vergleich der Lohnentwicklung nach Branchen und Sektoren ergibt gegenüber dem Vorjahreszeitraum differenzierte Resultate. Die Nominallohnentwicklung blieb in der Mehrzahl der Sektoren, in denen der Staat die Lohnentwicklung nicht direkt beeinflusst, hinter der Preisentwicklung zurück (vgl. Tabelle 5), insbesondere in der Industrie (776 vH) und im Transportgewerbe (792 vH). Außer im Fernmeldewesen (955 vH) und im Bankgewerbe (940 vH) stiegen die Löhne vor allem in den haushaltsfinanzierten Einrichtungen überdurchschnittlich (Bildung: 949 vH, Kultur: 995 vH und Wissenschaft: 1 027 vH). Offensichtlich wird die oben angegebene Indexierungsregel umgangen und ein hundertprozentiger Inflationsausgleich gewährt.

Trotz der eingeschränkten Aussage des Vergleichs mit kurzfristigen Vergleichszeiträumen oder mit nur einem Vergleichsmonat bleibt festzustellen, daß es offenbar im Monatsvergleich gegenüber Januar 1993 gelungen ist, die nominale Lohnentwicklung unterhalb der Verbraucherpreisentwicklung zu halten: Mit Ausnahme des Monats Juni 1993 lagen die monatlichen Zuwachsraten der Durchschnittslöhne unter denen der Verbraucherpreise. Im Juni

Höchstgehälter eine Indexierung von bis zu höchstens 70 vH des Preisanstiegs beinhaltet<sup>8</sup>.

Der Vergleich der Durchschnittslöhne von Januar bis Juli 1993 mit dem entsprechenden Zeitraum der Vorjahresperiode zeigt einen Gleichlauf mit der Entwicklung der Ver-

<sup>8</sup> Das schließt diskretionäre Anpassungen der Löhne wie zuletzt im August 1993 nicht aus. Aktuelle Festlegungen dazu: Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' vom 22. Juli 1993, Nr. 497. In: National' naja ekonomiceskaja gazeta, 31-32/1993; Sovetskaja Belorussija vom 29. Mai 1993, S. 1.

Tabelle 5

**Entwicklung und Struktur der Durchschnittslöhne**

	1980 Durchschnittslohn in Rubel	Jan.- Juli 1993 zu Vergleichsperiode 1992 (= 100)	Juli 93 Durchschnittslohn in Rubel	Struktur 1980 vH	Struktur Juli 1993 vH
Insgesamt	150	936	41 869	100	100
Industrie	166	876	47 010	111	112
Landwirtschaft	122	955	31 012	81	74
Transport	170	892	49 449	114	118
Fernmeldewesen	135	1 055	52 760	90	126
Baugewerbe	174	946	60 069	116	143
Handel/Gaststätten	129	939	32 769	86	78
Gesundheits-, Sozialwesen/Sport	121	1 085	36 783	81	88
Bildung	131	1 049	36 783	87	88
Kultur	105	1 095	30 601	70	73
Wissensch. u. wissensch. Dienstleistungen	160	1 127	40 988	107	98
Banken	147	1 040	73 905	98	177
Verwaltung von Staat u. Wirtschaft	147	1 012	48 845	98	117

*Quellen:* O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — avguste 1993 goda, Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu, Minsk 1993; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda, Minsk 1993; Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu, Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., statističeskij sbornik, Minsk 1992, S. 117.

Tabelle 6  
**Monatliche Entwicklung der Reallöhne  
 und der realen Geldeinkommen 1993**  
 Januar 1993 = 100

	Reallöhne	reale Geldeinkommen
Februar	93,0	109,0
März	82,6	97,3
April	79,2	98,8
Mai	73,5	95,3
Juni	83,2	102,7
Juli	79,0	117,2
August <sup>1)</sup>	95,9	100,8

1) Vorläufig.  
*Quelle:* Gosudarstvennyj komitet po ekonomike i planirovaniju Respubliki Belarus'/Naučno-Issledovatel'skij Ekonomičeskij Institut (NIEI): Podgotovka analitičeskich dokladov o funkcionirovanii ekonomiki Respubliki Belarus' - Minsk 1993, Anlage Tabellen S. 1 und 5. — IWH-Berechnungen.

1993 betrug der monatliche Durchschnittslohn 37 314 Rubel (Rußland: 40 737 Rubel)<sup>9</sup>. Bei einer Inflationsrate von 308 vH zwischen Januar und Juli 1993 nahmen die nominalen Löhne in der gesamten Wirtschaft nur um 223 vH zu, so daß sich rechnerisch ein Rückgang der Reallöhne um rund 28 vH ergibt. Dieser Rückgang schwankt allerdings von Monat zu Monat (vgl. Tabelle 6) und wurde im August 1993 weitgehend aufgeholt.

Demgegenüber zeigt der Vergleich mit der Vorjahresperiode bei den Geldeinkommen ein deutlich schnelleres Ansteigen gegenüber der Preisentwicklung. Im Zeitraum Januar bis Juli 1993 stiegen die Geldeinkommen um 978 vH, während die Verbraucherpreise nur um 840 vH zunahmen. Rechnerisch ergibt sich ein Realeinkommenszuwachs von rund 15 vH gegenüber der Vorjahresperiode. Die unterschiedliche Entwicklung von Durchschnittslöhnen und Geldeinkommen impliziert einen überdurchschnittlichen Anstieg der Transfereinkommen. In der Tat weist die Statistik einen Anstieg dieser Leistungen um 1 500 vH und damit um das Doppelte der Inflationsrate aus. Auf der Basis des vorliegenden Materials ist es nicht möglich, den Realitätsgehalt dieser statistischen Aussage zu überprüfen.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen des bisherigen Rückgangs der Produktion noch relativ gering. Die Arbeitsproduktivität war im Halbjahresvergleich weiter rückläufig, da der Produktionsrückgang mit steigender verdeckter Arbeitslosigkeit verbunden war. Die Arbeitslosenquote betrug im August 1993 erst 1,2 vH<sup>10</sup>. Noch ersetzen die Betriebe zum großen Teil das soziale Netz. Wie die verdeckte Arbeitslosigkeit finanziert wird — durch Zuwendungen aus dem Staatshaushalt und durch billige Kredite

oder durch Gewinne als Folge der Preisliberalisierung —, läßt sich anhand der verfügbaren Daten nicht bestimmen. Vermutlich spielen alle drei Faktoren eine Rolle.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (Personen, die länger als drei Monate ohne Arbeit waren) hat sich seit Dezember 1992 um 258 vH auf 62 000 Personen im August 1993 erhöht. Obwohl bisher kaum Umstrukturierungen in der Wirtschaft und Betriebsschließungen vorgenommen wurden, sind seit Jahresanfang bis Juli 403 000 Personen entlassen worden, von denen immerhin 356 000 Personen (88 vH) wieder eine Beschäftigung fanden. Insgesamt standen der Zahl von 62 000 registrierten Arbeitslosen<sup>11</sup> im August 23 300 offene Stellen gegenüber. Während 43 vH der Arbeitslosen Angestellte sind, entsprechen jedoch nur 10 vH der offenen Stellen dieser Berufsgruppe.

### Öffentliche Haushalte

Obwohl die Quantität der Daten zur Situation der öffentlichen Haushalte in Weißrußland seit dem letzten Bericht zugenommen hat, bleiben nach wie vor erhebliche Unsicherheiten über die tatsächliche Entwicklung des öffentlichen Sektors bestehen. Für das Jahr 1993 zeichnen sich im wesentlichen folgende Tendenzen ab: Im 1. Halbjahr gelang offensichtlich eine Defizitbegrenzung im konsolidierten Haushalt auf unter 4 vH des Bruttoinlandsprodukts, wahrscheinlich vor allem durch zeitliche Verlagerung der Ausgaben. Diese scheinbar eher restriktive Haushaltspolitik kann voraussichtlich im 2. Halbjahr nicht aufrechterhalten werden (vgl. Tabelle 7). Vielmehr wird nach der letzten Haushaltsanpassung eine Defizitexpansion auf eine Größenordnung von etwa 6 vH des Bruttoinlandsprodukts im Gesamtjahr 1993 angestrebt, die über Zentralbankkredite finanziert werden soll<sup>12</sup>. Dazu wären allerdings im 2. Halbjahr reale Ausgabenkürzungen notwendig. Außer Betracht bleiben dabei zahlreiche außerbudgetäre Fonds, die Möglichkeiten zur Beschönigung der tatsächlichen Situation der öffentlichen Haushalte eröffnen.

Auf der Einnahmenseite des konsolidierten Haushalts hat sich im Vergleich zum Vorjahr im 1. Halbjahr 1993 ein deutlicher Strukturwandel vollzogen: Obwohl die Mehrwertsteuer nach wie vor die Haupteinnahmequelle darstellt

<sup>9</sup> O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — ijule, Minsk 1993, S. 32.

<sup>10</sup> O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki v janvare — avguste 1993 goda; Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu, Minsk 1993; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda, Minsk 1993.

<sup>11</sup> Die Anzahl der nicht beschäftigten Personen liegt für den betrachteten Zeitraum nicht vor, nach Schätzungen könnte ihre Zahl im August etwa 160 000 betragen.

<sup>12</sup> Nach dem Haushaltsgesetz ist die Zentralbank angewiesen, ein Haushaltsdefizit bis zu dieser Grenze durch Kreditvergabe zu finanzieren. Vgl. Vedomosti verchovnogo soveta Respubliki Belarus', Nr. 7/1993, S. 89.

Tabelle 7

Konsolidierter Haushalt der Republik Weißrußland  
in vH der Gesamteinnahmen bzw. der Gesamtausgaben

	1992	1993	
	Budget	1. Halbjahr	Aktueller Haushaltsentwurf
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0
— Mehrwertsteuer	37,1	28,0	29,8
— Gewinnsteuer	25,6	26,9	29,4
— Akzisen	8,9	14,0	9,0
— Sonstige Einnahmen	9,6	13,4	14,1
— Tschernobylsteuer	8,4	7,1	7,6
— Einkommensteuer	7,4	6,3	6,2
— Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,7
— Außenhandelssteuer	0,6	1,6	1,1
Ausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0
darunter für:			
Volkswirtschaft	41,8	41,1	35,0
darunter für:			
— Preissubventionen		21,3	11,9
— Preissubventionen für Agrarprodukte		3,4	3,3
— Sonstige Subventionen		4,1	4,2
— Investitionen	3,9	5,9	5,1
— Infrastruktur		2,3	2,3
— Zur Unterstützung der Landwirtschaft		0,2	0,1
— Sonstige Ausgaben	37,9	4,0	8,0
Sozial-kulturelle Maßnahmen		29,7	27,9
Tschernobylausgaben		9,8	10,2
Verteidigung		5,3	3,9
Recht und Dienstleistungen		4,2	3,2
Verwaltung		1,8	1,4
Zur Bedienung innerer Schulden		1,4	1,4
Sonstige Ausgaben		6,8	17,0
Defizit		8,9	15,5
Defizit in vH des BIP		3,3	5,8

Quellen: Nationale Berechnungen und Berechnungen des DIW.

(28 vH der Gesamteinnahmen), ist ein erheblicher Rückgang des Mehrwertsteueranteils im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, der in einem engen Zusammenhang mit der Senkung des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte zu Jahresbeginn stehen dürfte. Der Gewinnsteueranteil bewegt sich in der Größenordnung des Vorjahres und liegt damit jetzt knapp unter dem Mehrwertsteueraufkommen. Die Bedeutung der Akzisen für die Gesamteinnahmen (14 vH) ist vor allem aufgrund der Ausweitung der Steuerbasis gestiegen. Eine weitere wichtige Einnahmequelle stellt die „Tschernobylsteuer“ dar (etwa 7 vH der Gesamteinnahmen). Der Anteil der von natürlichen Personen zu zahlenden Einkommensteuer ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa einen Prozentpunkt gesunken. Überraschend bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage erscheint vor

allem die nach der letzten Haushaltsanpassung vorgesehene weitere Anteilssteigerung des Gewinnsteueraufkommens. Hierbei handelt es sich zum Teil um eine Besteuerung von Buchgewinnen der Staatsbetriebe, die wegen der weiterhin bestehenden engen Verflechtung zwischen Staats-, Unternehmens- und Bankensektor relativ leicht durchzusetzen ist.

Der Hauptanteil der Ausgaben im 1. Halbjahr 1993 entfiel nach wie vor auf den Posten „Finanzierung der Volkswirtschaft“ (etwa 41 vH der Gesamtausgaben), hinter dem sich vor allem Subventionszahlungen verbergen. Der bemerkenswerte Umfang der an Landwirtschaft und Industrie geleisteten Preissubventionen belief sich auf etwa 25 vH an den Gesamtausgaben; die sonstigen Subventionen machten etwa 4 vH aus. Der Ausgabenanteil für Investi-

tionen lag bei knapp 6 vH. Weiter wurde die Ausgabenseite durch Zahlungen für das Sozial- und Bildungswesen (etwa 31 vH der Gesamtausgaben), zur Beseitigung der Tschernobylschäden (etwa 10 vH) und durch Verteidigungsausgaben (reichlich 5 vH) bestimmt.

Die tatsächliche Entwicklung im 1. Halbjahr und die Ausgabenstruktur der aktuellen Haushaltsanpassung für das Gesamtjahr weichen insbesondere bezüglich des Ausgabenanteils für Preissubventionen erheblich voneinander ab; letztere sieht für diese nur noch einen Ausgabenanteil von etwa 15 vH vor. Dies könnte vordergründig eine Trendwende im bisherigen fiskalpolitischen Kurs einleiten, der wesentlich durch den Versuch geprägt ist, durch massive Preissubventionen Realeinkommensverschlechterungen zu begrenzen. Aber selbst wenn die letzte Haushaltsanpassung umgesetzt würde, sind nach den vorliegenden Zahlen für das Jahr 1993 haushaltsfinanzierte Preissubventionen pro Kopf in Höhe von mehr als 53 000 Rubel veranschlagt; sie liegen damit über einem durchschnittlichen Monatslohn für Juli 1993. In dieser Summe unberücksichtigt sind die Zahlungen aus dem zu Jahresbeginn geschaffenen außerbudgetären „Fonds zur Preisstabilisierung“, dessen Volumen für 1993 in einer Größenordnung von noch einmal etwa 5 vH des Bruttoinlandsprodukts geschätzt wird.

Der bisherige fiskalpolitische Kurs konterkariert jeden sinnvollen Ansatz einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und muß zudem in seinen wesentlichen Teilen als gescheitert gelten: De jure wird durch die bestehende Steuer- und Abgabengesetzgebung der Unternehmenssektor erheblich belastet<sup>13</sup>. De facto werden die Unternehmen von der Gewinnbesteuerung — in Abhängigkeit von ihren Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Finanzierungsquellen — unterschiedlich hart getroffen. Auf der Ausgabenseite enthält der konsolidierte Staatshaushalt weiterhin in erheblichem Umfang Subventionen, die zum Teil in anderen Ausgabenpositionen versteckt sind. Diese Subventionspraxis wirkt durch die Entschärfung des Kostendrucks vor allem für Staatsbetriebe als ein Garant „weicher Budgetrestriktionen“; unter diesen Bedingungen gelingt auch die formale Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Durch die inflationsbedingte ständige reale Entwertung der Steuereinnahmen bei gleichzeitigen Ausgabenanpassungen wächst das die Inflation weiter anheizende Defizit mit einer noch höheren Dynamik als die Staatsausgaben.

Dringend geboten ist derzeit eine Reform des Steuer- und Abgaberechts, die auch die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung begrenzt und vor allem zu Entlastungen des Unternehmenssektors beiträgt. Überdacht werden müssen ebenfalls die bestehenden Formen der sozialen Sicherung durch außerbudgetäre Fonds; in dem Aufbau eines sozialen Netzes, welches Aufgaben in Abhängigkeit von der individuellen wirtschaftlichen Situation übernimmt, liegt insbesondere im Hinblick auf die mittelfristig zu erwartende steigende Arbeitslosigkeit eine wesentliche Heraus-

forderung. Eine zentrale Voraussetzung jedoch für die Durchsetzbarkeit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik, die auf einer klaren Abgrenzung der Staatsaufgaben beruhen muß, ist vor allem die radikale Kürzung der defizittreibenden Preissubventionen. Zu diesen dringenden Aufgaben kommen seit neuerem die Anforderungen, die durch eine geplante Harmonisierung der Fiskalpolitik innerhalb der neuen Rubelzone entstehen.

## Geld- und Währungspolitik

In der Geld- und Währungspolitik Weißrußlands deutet sich kein Übergang zu stabilitätsorientierten Maßnahmen an. Die Geld- und Kreditemission wird weiterhin von dem wirtschaftspolitischen Ziel der Regierung geprägt, die Beschäftigung in den Staatsbetrieben durch die Vergabe billiger Kredite aufrechtzuerhalten, ohne diese indirekten Subventionen im Staatsbudget zu erfassen. Währungspolitisches Ziel Weißrußlands bleibt die Mitgliedschaft in der Rubelzone<sup>14</sup>. Eine Koordination der weißrussischen Geldpolitik mit Moskau findet derzeit jedoch nicht statt. Von der russischen Bargeld-Umtauschaktion etwa war die weißrussische Regierung vorab nicht informiert worden. Im Zuge des Geldumtausches hat Weißrußland offenbar 10 Mrd. neue russische Rubel aus Moskau erhalten<sup>15</sup>. Weitere Bargeldlieferungen wurden von russischer Seite an die Bedingung geknüpft, daß diese als Kredite behandelt, in US-Dollar umgerechnet und mit einem Zinssatz von einem Prozentpunkt über Libor verzinst werden<sup>16</sup>.

Die Bargeldversorgung Weißrußlands erfolgt fast ausschließlich über weißrussische Rubel, die sogenannten „Hasenrubel“, wobei sich für 1993 eine expansivere Bargeldemission in Weißrußland im Vergleich zu Rußland andeutet (vgl. Tabelle 8).

Zu beachten ist dabei jedoch, daß mit früheren Angaben konsistentes Datenmaterial für 1993 nicht vorliegt. Im Jahr 1992 war die Vergabe von Krediten in Weißrußland (+1 582 vH) weitaus expansiver gewesen als in Rußland (+1 060 vH), die weißrussische Bargeldmenge expandierte jedoch mit +704 vH weniger stark als die russische (+960 vH). Im ersten Quartal 1993 stieg die weißrussische Bargeldmenge (+235 vH) deutlich stärker als die russische (+52 vH); ein ähnlicher, wenn auch abgeschwächter, Trend setzte sich im zweiten Quartal fort. Bei dem starken Zuwachs der Bargeldmenge in 1993 handelt es sich vermutlich auch um einen statistischen Effekt, da in den Zahlen des Staatskomitees für Wirtschaft für 1992 nicht die

<sup>13</sup> Zudem zahlen bislang nahezu einseitig die Betriebe Beiträge zu den außerbudgetären Fonds zur sozialen Sicherung der Bevölkerung.

<sup>14</sup> Vgl. auch Abschnitt „Rubelzone und Beziehungen zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“.

<sup>15</sup> Das entspricht knapp 4 vH der weißrussischen Bargeldmenge im Juli 1993.

<sup>16</sup> Belorusskaja delovaja gazeta vom 27. Juli bis 3. August 1993.

Tabelle 8

**Geldmengenentwicklung in Weißrußland und Rußland**  
Veränderung in der Periode in vH

	Bargeld <sup>1)</sup>		M2 <sup>1)</sup>		Kredite an Unternehmen <sup>1)</sup> und Haushalte	
	Weißrußland	Rußland	Weißrußland	Rußland	Weißrußland	Rußland
1992: I	26	53	20	43	127	109
II	162 (63)	84	85	54	154 (105)	52
III	38 (88)	109	41	115	97 (72)	107
IV	76 (16)	81	86	59	48 (56)	77
Gesamt	704 (348)	960	682	655	1 582 (1 149)	1 060
1993: I	(236)	52		53	(80)	89
II	(150)	97		67		

<sup>1)</sup> Die weißrussische Geldmengenstatistik ist in russischen Rubeln ausgewiesen, jedoch dürfte der Anteil russischer Rubel an der Bargeldmenge gering sein. Die in Klammern angegebenen Werte beruhen auf Angaben von Gosekonomplan.  
*Quellen:* Unveröffentlichte Arbeitsunterlagen der weißrussischen Zentralbank; Russische Zentralbank 1993; eigene Berechnungen; Gosekonomplan, Denez'naja i fiskal'naja politika, Minsk, unveröffentlichtes Manuskript.

volle Zunahme des Bargeldumlaufs ausgewiesen worden war<sup>17</sup>. Die Zunahme der Kreditvergabe hingegen lag im ersten Quartal mit 80 vH leicht unter der Rußlands (89 vH); Angaben über das zweite Quartal 1993 liegen nicht vor.

Die weißrussische Zentralbank reguliert die Geldmenge im wesentlichen durch das Volumen von Zentralbankkrediten. In den ersten zwei Monaten des Jahres 1993 nahm dieses Volumen um rund 21 vH und damit um weniger als das der Kredite der Geschäftsbanken an Unternehmen und Private (+30 vH) zu. Den Großteil ihrer Kredite (85 vH) vergibt die Zentralbank bisher an die Geschäftsbanken, weitere 13 vH sind Regierungskredite, den Rest erhalten Unternehmen direkt. Seit Februar 1993 wird ein Teil der Zentralbankkredite auf Auktionen versteigert, allerdings lag der Anteil der auf diese Weise vergebenen Kredite im Februar und März bei nur 11 vH. Auf den Auktionen, an denen vorwiegend kleinere Banken beteiligt sind, wurden im April Jahreszinssätze von bis zu 180 vH erzielt<sup>18</sup>; zu dieser Zeit waren die Preise gegenüber dem Jahresanfang bereits um rund 120 vH gestiegen. Der offizielle Refinanzierungssatz der weißrussischen Zentralbank wurde im August 1993 auf 170 vH angehoben<sup>19</sup>; die großen, staatlichen Banken haben jedoch nach wie vor Zugang zu Zentralbankkrediten zu niedrigeren Zinsen. Auch liegen die realen Zinsen der Geschäftsbanken noch immer deutlich im negativen Bereich. Einlagen bei der Sparbank mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren wurden im April 1993 zu einem maximalen Zinssatz von 50 vH verzinst. Auf neu eingerichtete Sparkonten wurden im Februar rund 39 vH an jährlichen Zinsen gezahlt. Der durchschnittliche Kreditzins lag im April bei 30 vH, wobei kaum Differenzierungen gemäß der Laufzeit der Kredite vorgenommen wurden. Im Jahr 1992 hatten die Mindestreservesätze noch bei 20 vH auf Sichteinlagen und 10 bis 15 vH auf Termineinlagen gelegen. Die Mindestreservesätze auf Sicht- und Terminein-

lagen wurden im Februar 1993 auf durchschnittlich 8 bis 15 vH gesenkt; für Einlagen der Sparbank gilt ein Satz von 10 vH<sup>20</sup>.

Das weißrussische Bankensystem kann seine eigentliche Aufgabe, die Finanzierung rentabler Investitionsobjekte und Unternehmen, derzeit nicht erfüllen, da es fast ausschließlich der Durchleitung von Zentralbankkrediten an dafür vorgesehene Staatsunternehmen dient. Diese Kredite, die zu stark negativen Realzinsen vergeben werden, stellen indirekte Subventionen an die begünstigten Unternehmen dar. Das Bankensystem entlastet damit das Staatsbudget. Eine effektive Reform des monetären und des fiskalischen Sektors müßte daher die indirekten Subventionen im offiziellen Budget einschließen. Bei der Reform des Bankensektors selbst muß die Durchsetzung positiver Realzinsen Vorrang haben. Positive Realzinsen können dabei durch höhere Nominalzinsen und/oder niedrigere Inflationsraten erreicht werden. Das bedeutet einerseits, daß die Zentralbank ihre Refinanzierungssätze an die Inflation anpaßt und dadurch höhere Nominalzinsen ermöglicht werden. Andererseits muß die

<sup>17</sup> Auch auf Grundlage der Zentralbankdaten, die bis Februar 1993 vorliegen, ergibt sich ein stärkeres Bargeldmengenwachstum in Weißrußland (+86 vH im Februar 1993 gegenüber Dezember 1992) als in Rußland (+35 vH).

<sup>18</sup> Bei Kreditlaufzeiten von weniger als einem Jahr geben diese Zinssätze nicht die effektiven Jahreszinsen wieder. Unter Berücksichtigung von Zinseszinsseffekten ergibt sich etwa für Kredite mit einer einmonatigen Laufzeit ein wesentlich höherer effektiver Jahreszins, also:  $180 \text{ vH} : 12 = 15 \text{ vH}$  und somit  $(1,15^{12} - 1) \cdot 100 \approx 435 \text{ vH}$  als effektiver, nominaler Jahreszins.

<sup>19</sup> Minsk Economic News, Month of financial upheaval, Minsk, September 1993, S. 3.

<sup>20</sup> Die Angaben dieses Abschnitts beruhen auf unveröffentlichten Arbeitsunterlagen der weißrussischen Zentralbank.

fortdauernde Geldmengenexpansion, die bei einer Stagnation bzw. einem Rückgang der realen Produktion zu einer Erhöhung der Preise führen muß, eingedämmt werden. Weitere Schritte einer Bankenreform umfassen die Schaffung von Wettbewerbsbedingungen und von verbesserten Informationssystemen sowie die Einführung marktgerechter Bewertungskriterien für das Geschäftsgbaren der Banken.

Die Situation im Geldsystem Weißrußlands wird durch die fortdauernde Trennung von Bar- und Buchgeldkreisläufen sowie die gleichzeitige Gültigkeit von russischem und weißrussischem Bargeld bestimmt. Die Beschränkung, daß Lebensmittel nur gegen weißrussische Rubel verkauft werden dürfen, wurde jedoch im Mai 1993 aufgehoben<sup>21</sup>. Dies sollte eine Abwertung des weißrussischen Bargeldes induzieren, da das Privileg, subventionierte Produkte gegen weißrussische Rubel zu erhalten, entfällt. Zudem hat die Rubel-Umtauschaktion in Rußland vom Juli offenbar zu einem Wertverlust weißrussischen Bargelds geführt<sup>22</sup>, das zuvor zu einem offiziellen Kurs von 1:1 zu russischen Rubeln ausgegeben worden war. Weißrussisches Buchgeld kann jedoch nur zu einem weit schlechteren Kurs in russisches Bargeld umgetauscht werden, so daß eine Trennung von Bar- und Buchgeldkreisläufen erforderlich ist, um die Ausnutzung von Arbitragemöglichkeiten zu verhindern. Seit Beginn der Devisenauktionen war der Kurs des weißrussischen Buchgelds von 1,10 je russischem Rubel Ende November 1992 auf 2,11 Mitte April 1993 gefallen. In diesem Kursverlust spiegeln sich die höheren Inflationsraten in Weißrußland in den ersten vier Monaten des Jahres 1993 im Vergleich zu Rußland wider<sup>23</sup>. Bis Ende Juli hat sich der Kurs in etwa auf diesem Niveau gehalten; Anfang August fiel er weiter auf 2,52 weißrussische je russischem Buchgeld-Rubel<sup>24</sup>. Ein erneutes Ansteigen des Devisenkurses auf 1,50 Mitte August ist vermutlich auf Interventionen der weißrussischen Zentralbank zurückzuführen<sup>25</sup>. Der offizielle Kurs des weißrussischen Rubel zum US-Dollar wird von der weißrussischen Zentralbank auf Grundlage der auf der Minsker Devisenbörse ermittelten Marktkurse fixiert. Er fiel von 1 007 weißrussischen Rubel/US-Dollar im April auf rund 2 000 Rubel/US-Dollar Ende Juli und schließlich auf rund 3 510 Rubel/US-Dollar Mitte September<sup>26</sup>. Als Grund für die (vorübergehende) Abwertung des weißrussischen gegenüber dem russischen Rubel und gegenüber dem US-Dollar muß in erster Linie die Rubel-Umtauschaktion in Rußland und die damit verbundene Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Geld- und Währungspolitik Weißrußlands genannt werden. Während die weißrussische Zentralbank den Kurs zum Rubel offenbar durch Interventionen stützen konnte, fehlen ihr Devisenreserven, um auf den Kurs zum Dollar Einfluß zu nehmen<sup>27</sup>.

#### Außenwirtschaftsbeziehungen und Zahlungsbilanz

Noch immer unterscheiden sich die weißrussischen Handelsbeziehungen mit den ehemaligen Sowjetrepu-

bliken (zwischenrepublikanischer Handel) hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen grundlegend von den Beziehungen mit Drittländern. Insbesondere ist der zwischenrepublikanische Handel weiterhin durch Bilateralisierung und umfangreiche Preisverzerrungen gekennzeichnet. Die verfügbaren Angaben über die Zahlungsbilanz bis Mitte 1993 werden daher in Tabelle 9 getrennt für die Zahlungsströme mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion einerseits und Drittländern andererseits ausgewiesen. Dabei verdeutlicht bereits der große Umfang der „statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen“ (13 vH bzw. 18 vH der jeweiligen Ausfuhren im ersten Halbjahr 1993), daß diese Angaben mit großen Unsicherheiten behaftet sind.

Der zwischenrepublikanische Handel ist im ersten Halbjahr 1993 weiter zurückgegangen; dabei ist offenbar das Volumen der Einfuhr besonders stark geschrumpft<sup>28</sup>. Die Hauptursache für diese Entwicklung lag darin, daß die russische Regierung die relativen Preise für ausgeführte Energieträger weiter erhöht und die Finanzierung von Handelsbilanzdefiziten der Partnerländer zunehmend auf Kredite begrenzt hat, die auf US-Dollar lauten und marktgerecht verzinst werden. Die resultierende Verschlechterung der weißrussischen Terms of Trade konnte wegen der Nachfrageschwäche in den Nachfolgestaaten der Sowjet-

<sup>21</sup> Minsk Economic News, Exchange Rates and Their Movements, Minsk, Juli 1993, S. 5.

<sup>22</sup> Business Central Europe, Muddled in Minsk, London, September 1993, S. 19.

<sup>23</sup> In Rußland waren die Verbraucherpreise zwischen Januar und August 1993 um durchschnittlich 23 vH monatlich gestiegen, in Weißrußland hingegen um 30 vH. Zwischen April und August stiegen die Verbraucherpreise in beiden Ländern um durchschnittlich 22 vH im Monat an.

<sup>24</sup> Für einen ukrainischen Buchgeld-Rubel mußten im August nur 0,44 weißrussische, für einen litauischen Litas hingegen 510,59 weißrussische Rubel gezahlt werden (Belorusskaja delovaja gazeta vom 3. bis 10. August 1993).

<sup>25</sup> Minsk Economic News, September 1993; Belorusskaja delovaja gazeta vom 28. September 1993.

<sup>26</sup> Anfang August wurde der gesonderte Kurs für Investitionen offiziell abgeschafft (Minsk Economic News, September 1993); allerdings gilt diese Regelung nur für Verträge, die nach August 1993 abgeschlossen wurden. Für alte Verträge lag der Pflichtverkaufskurs Ende September bei 500 weißrussischen Rubel/US-Dollar (Belorusskaja delovaja gazeta vom 28. September 1993).

<sup>27</sup> Zudem kann eine Verzerrung der Kursentwicklung durch einzelne, größere Transaktionen nicht ausgeschlossen werden (Minsk Economic News, September 1993).

<sup>28</sup> Export- und Importwert haben sich im ersten Halbjahr 1993 gegenüber dem Durchschnitt für das erste und zweite Halbjahr 1992 nominal etwa versechsfacht, während der weißrussische Großhandelspreisindex in demselben Zeitraum auf beinahe das Achtfache gestiegen ist. Darüber hinaus unterschätzt der Großhandelspreisindex vermutlich die Erhöhung des Preisniveaus im zwischenrepublikanischen Handel, denn die überdurchschnittlich gestiegenen Preise für Energieträger dürften vor allem bei der Einfuhr ein weitaus größeres Gewicht haben als bei der Berechnung des Preisindex.

Tabelle 9

Zahlungsbilanz 1992 und 1993

	Ehemalige Sowjetrepubliken in Mrd. Rubel <sup>2)</sup>		Drittländer in Mill. US-Dollar	
	1992	1. Halbjahr 1993	1992	1. Halbjahr 1993
<b>Außenhandel</b>	-37,4	-62,6	289,2	-32,7
Exporte	379,7	1 213,6	1 081,9	463,9
Importe	-417,1	-1 276,2	-792,7	-496,6
Dienstleistungen	4,3	4,8	-15,8	-2,3
Übertragungen	4,5	2,1	45,8	35,6
<b>Saldo der Leistungsbilanz</b>	<b>-28,6</b>	<b>-55,7</b>	<b>319,2</b>	<b>0,6</b>
Direktinvestitionen	—	—	7,0	0,4
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	—	88,0	217,8	142,3
Kurzfristiger Kapitalverkehr	-44,6	118,2	-318,6	-57,3
Kreditinstitute	—	-11,6	-97,7	-18,2
Unternehmen	-44,6	129,8	-220,9	-39,1
Ausländische Bankguthaben	—	—	17,9	-11,1
Handelskredite	—	213,1	-40,8	-17,0
Kredit im Rahmen von Barter-Geschäften	-15,8	-134,8	-198,0	-5,8
Sonstiger Kapitalverkehr einschl. Zahlungsrückstände	-28,8	51,5	—	-5,2
<b>Saldo der Kapitalbilanz</b>	<b>-44,6</b>	<b>206,2</b>	<b>-93,8</b>	<b>85,4</b>
<b>Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen</b>	<b>31,7</b>	<b>-161,7</b>	<b>-198,4</b>	<b>-85,6</b>
<b>Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Nationalbank</b>	<b>41,5</b>	<b>11,2</b>	<b>-27,0</b>	<b>-0,4</b>
Währungsreserven	-6,6 <sup>1)</sup>	—	-27,0	-0,4
Korrespondenzkonten	48,1	11,2	—	—
Empfangene Kredite	118,8	129,6	—	—
<b>Geleistete Kredite</b>	<b>-70,7</b>	<b>-118,4</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

1) Reserven der Nationalbank an nicht-konvertiblen Währungen. — 2) In weißrussischen Quellen wird bisher nicht ausdrücklich zwischen russischen und weißrussischen Rubeln unterschieden. Die hier vorliegenden Angaben beziehen sich zumindest für das erste Halbjahr 1993 offenbar auf weißrussische Rubel, da in der Quelle die Rubelbeträge nach einem „durchschnittlichen Kurs“ von 1091 R/US-Dollar in US-Dollar umgerechnet werden. Dieser Wert entspricht ungefähr dem Durchschnitt der Notierungen der weißrussischen Zentralbank in den ersten sechs Monaten des Jahres 1993 jeweils zum Monatsende (unveröffentlichte Arbeitsmaterialien der weißrussischen Zentralbank und von Gosekonomplan). Die Notierungen am Moskauer Interbankenmarkt lagen hingegen mit durchschnittlich 793 R/US-Dollar jeweils zum Monatsende deutlich darunter. Im Jahr 1992 wichen die Notierungen in Minsk und Moskau nur mäßig voneinander ab. Auch wurde der offizielle Handel mit russischen Rubeln an der Minsker Börse erst Ende November 1992 eingeführt, so daß für 1992 die Unterscheidung von russischen und weißrussischen Rubeln von geringerer Bedeutung ist als für 1993.

Quellen: Respublika v. 1.9.93; unveröffentlichte Arbeitsunterlagen vom Gosekonomplan.

union nicht durch erhöhte Ausfuhren aufgefangen werden. Außerdem verloren energieintensive Branchen in Weißrußland gegenüber ihren russischen Konkurrenten offenbar an Wettbewerbsfähigkeit, da diese Rohöl und Erdgas weiterhin zu den deutlich niedrigeren russischen Inlandspreisen beziehen konnten. Auch konnte Weißrußland seine Kreditaufnahme allenfalls mäßig ausweiten<sup>29</sup>. In der Folge gingen insbesondere die Einfuhren von Energieträgern stark zurück, was wiederum zu dem Rückgang der Industrieproduktion beitrug. Die Bezüge von Rohöl erreichten in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 nur knapp die

Hälfte des entsprechenden Vorjahresniveaus; auch bei Erdgas kam es zu erheblichen Lieferkürzungen<sup>30</sup>.

<sup>29</sup> Im ersten Halbjahr 1993 wurden etwa 10 vH der weißrussischen Einfuhren durch Kredite im Rahmen von Korrespondenzkonten finanziert (1992: 28 vH). 1993 wurden weitere 17 vH durch Handelskredite und 7 vH durch mittel- und langfristige Kapitalzuflüsse abgedeckt — dies allerdings bei einem gegenüber 1992 verringerten Einfuhrvolumen.

<sup>30</sup> Nachrichten für den Außenhandel vom 8. Oktober 1993; Izvestija vom 24. und 27. August 1993.

Das Ausmaß des staatlichen Einflusses auf den zwischenrepublikanischen Handel läßt sich daran ablesen, daß im ersten Halbjahr 1993 44 vH der Ausfuhr und 58 vH der Einfuhr im Clearing-Verfahren, d.h. im Rahmen bilateraler Abkommen, abgewickelt wurden<sup>31</sup>. Bisher ist nicht zu erkennen, ob die vorgesehene Verringerung des Anteils der Staatsaufträge an der gesamten Industrieproduktion von 43 vH im Jahr 1992 auf 17 vH im Jahr 1993<sup>32</sup> die Herausbildung direkter Marktbeziehungen zwischen weißrussischen Unternehmen und ihren Partnern in anderen Republiken nachhaltig fördern wird. Angesichts der zunehmenden Eigenständigkeit der Unternehmen insbesondere in Rußland als wichtigstem Handelspartner wäre dies aber eine der Voraussetzungen für eine mittelfristige Stabilisierung der weißrussischen Exporte. Eine weitere wäre die internationale Wettbewerbsfähigkeit der weißrussischen Betriebe.

Das weißrussische Defizit im zwischenrepublikanischen Handel hielt sich insgesamt in überschaubaren Grenzen. Umgerechnet zum jeweiligen durchschnittlichen Wechselkurs betrug es 1992 etwa 165 Mill. US-Dollar (und damit weniger als der Handelsbilanzüberschuß gegenüber Drittländern) und 1993 etwa 29 Mill. US-Dollar. Wegen der Liberalisierung des Handels ist diese Aggregation jedoch nur begrenzt aussagekräftig. Die Verschuldung Weißrußlands gegenüber den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die im wesentlichen aus den bilateralen Salden im zwischenrepublikanischen Handel der Jahre 1992 und 1993 resultiert, wird für September 1993 mit (brutto) 412 Mill. US-Dollar angegeben. Dabei dürfte Rußland der bei weitem größte Gläubiger sein<sup>33</sup>. Diesem Betrag stehen erhebliche weißrussische Forderungen an die ehemaligen Sowjetrepubliken gegenüber, deren Realisierbarkeit jedoch unklar ist. Über die Höhe des künftigen Schuldendienstes Weißrußlands können zur Zeit keine gesicherten Angaben gemacht werden, da der Schuldenbestand wohl nur teilweise auf US-Dollar lautet und marktgerecht verzinst wird. Die Erfahrungen mit der Schuldenkrise der Entwicklungsländer zeigen jedenfalls, daß die Finanzierung von Handelsbilanzdefiziten durch eine erhöhte Auslandsverschuldung auf die Dauer nicht die realwirtschaftliche Anpassung an veränderte relative Preise ersetzen kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Kreditkonditionen — aus weißrussischer Sicht — zunehmend ungünstiger, weil marktgerechter ausgestaltet werden. Bemerkenswert ist, daß der Zahlungsrückstand Weißrußlands gegenüber dem russischen Erdgaskonzern Gazprom im September 1993 teilweise durch die Überlassung des weißrussischen Gasleitungsnetzes an Gazprom im Rahmen eines debt for equity swaps getilgt wurde<sup>34</sup>.

Ähnlich wie die zwischenrepublikanischen Ausfuhr lagen auch die weißrussischen Exporte in Drittländer im ersten Halbjahr 1993 unter dem Durchschnitt für das erste und zweite Halbjahr 1992<sup>35</sup>. Im Unterschied zu den Reformstaaten in Mitteleuropa<sup>36</sup> ist es in Weißrußland also bisher nicht gelungen, den Rückgang der Ausfuhr

in die ehemalige Sowjetunion und in die übrigen Staaten des ehemaligen RGW durch eine Steigerung der West-Exporte zu kompensieren. Dies dürfte zum einen darauf zurückgehen, daß die meisten weißrussischen Industriebetriebe hinsichtlich Produktqualität, Zuverlässigkeit u.ä. bislang als international wenig wettbewerbsfähig gelten, auch im Vergleich zu den mitteleuropäischen ehemaligen RGW-Ländern. Zum anderen werden Exporte bisher durch die allgemeine Exportsteuer von 10 vH und den Zwangsumtausch von weiteren 20 vH der Devisenerlöse zu einem extrem überbewerteten Rubelkurs implizit sehr hoch besteuert<sup>37</sup>. Hinzu kommen Lizenzpflicht und Exportquoten vor allem für rohstoffnahe Produkte, die einen großen Teil der weißrussischen Exporte ausmachen und im Westen noch relativ leicht abzusetzen sind. Gerade die Erschließung neuer Absatzmärkte erfordert von den Unternehmen jedoch erhebliche Investitionen und wird daher durch eine derartige Besteuerung und nicht-tarifliche Beschränkungen erschwert.

Die weißrussischen Importe sind im ersten Halbjahr 1993 gegenüber dem Durchschnitt für das erste und zweite Halbjahr 1992 stark angestiegen, so daß die Handelsbilanz mit Drittländern ein geringes Defizit aufwies. Der Zuwachs bei den Importen dürfte teilweise auf erhöhte Kapitalzuflüsse im mittel- und langfristigen Bereich zurückzuführen sein; dabei handelte es sich fast ausschließlich um Regierungskredite im Rahmen der westlichen Wirtschaftshilfe. Demgegenüber ist der Kapitalabfluß aus Weißrußland im Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs im ersten Halbjahr 1993 deutlich gesunken. Dasselbe gilt für die „statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen“, die vor allem illegale Kapitalflucht widerspiegeln. Die Verringerung dieser Kapitalabflüsse könnte auf die mangelnde Verfügbarkeit von Devisen wegen des Exportrückgangs zurückzuführen sein. Trotzdem lagen die Abflüsse insgesamt noch in derselben Größenordnung wie die mittel- und

<sup>31</sup> Unveröffentlichte Arbeitsmaterialien von Gosekonomplan.

<sup>32</sup> Alexander N. Potanisev: Economic Reforms in Belarus present and future. In: Working Paper No. 18, Department of Research Cooperation, Economic Research Institute, Economic Planning Agency, Tokio 1993.

<sup>33</sup> Unveröffentlichte Arbeitsmaterialien von Gosekonomplan.

<sup>34</sup> Economic Intelligence Unit, Country Report: Ukraine, Belarus, Moldova, 3rd quarter, London 1993, S. 29 f.

<sup>35</sup> Ein unmittelbarer Vergleich mit den verfügbaren Zahlen für das 1. Halbjahr 1992 ist nicht sinnvoll, da in diesem Zeitraum das Berichtssystem erst aufgebaut wurde und infolgedessen die entsprechenden Angaben noch unzuverlässiger sind als die für das Gesamtjahr.

<sup>36</sup> Vgl. Rolf J. Langhammer: Die Auswirkungen der EG-Handelspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa. In: Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 40, Berlin 1992.

<sup>37</sup> Zwar soll seit 1. August 1993 der Zwangsumtausch zu dem von der weißrussischen Zentralbank ermittelten Marktkurs erfolgen. Jedoch wird diese Regelung bisher offenbar nicht angewandt, weil sie drastisch erhöhte Aufwendungen der Regierung für den Erwerb von Devisen für die staatlichen Importe, z.B. von Medikamenten und Nahrungsmitteln, zur Folge hätte.

langfristigen Kapitalimporte im Rahmen der westlichen Wirtschaftshilfe. Dies läßt erkennen, daß das Klima für Finanz- wie für Sachinvestitionen in Weißrußland weiterhin verbesserungsbedürftig ist.

### Stand der Reformpolitik

Grundtendenzen der Regierungskonzeption für den marktwirtschaftlichen Reformprozeß

In den ersten beiden Berichten der Institute wurde darauf verwiesen, daß in der Regierungspolitik wichtige Reformschritte zur marktwirtschaftlichen Transformation des Landes fehlten oder nur zögerlich verwirklicht wurden<sup>38</sup>. Während der letzten Monate sind eine Reihe von Gesetzen und Regierungsmaßnahmen beschlossen worden, bei deren Durchführung der Reformprozeß allmählich an Dynamik gewinnen könnte.

In der Regierungserklärung über die Wirtschaftspolitik, die im August 1993 dem Internationalen Währungsfonds übergeben wurde<sup>39</sup>, stehen Aufgaben auf dem Gebiet der Finanzpolitik und auf dem Gebiet des marktwirtschaftlichen Strukturwandels im Vordergrund.

Als die wichtigsten Ziele der Finanzpolitik werden die Reduzierung der monatlichen Inflationsraten auf weniger als 10 vH bis Ende 1993, die Stabilisierung der Preise bis Ende 1994 und die Begrenzung des Handelsbilanzdefizits auf die Größe der Kredite aus dem Ausland bezeichnet. Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen:

- Auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik ist unter anderem beabsichtigt, die Kreditvergabe zu Vorzugsbedingungen an Unternehmen einzuschränken, einen größeren Teil der Kredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken (25 vH, bisher 5 vH) über Auktionen zu vergeben und den Zuwachs der Kreditsumme bis zum Jahresende auf 500 Mrd. weißrussischer Rubel zu begrenzen. Ob eine derart durchgreifende Revision der bisherigen Kreditpolitik bis Ende des Jahres gelingt, muß bezweifelt werden.
- Im Staatshaushalt wurden per Beschluß vom Juni 1993 auf der Ausgabenseite die Preissubventionen für Fleisch, Butter und Milchprodukte (mit Ausnahme von Milch) beseitigt, die finanzielle Unterstützung für landwirtschaftliche Erzeuger auf dem Niveau von Anfang 1993 eingefroren und die noch staatlich regulierten Preise für Dienstleistungen durch ihre Erhöhung um das 3 bis 5fache näher an die tatsächlichen Kosten herangeführt. Da diese Maßnahmen offenbar nicht ausreichen, sollen bis Jahresende die Subventionen für weitere Warengruppen gestrichen oder eingeschränkt werden. Trotzdem bleiben Subventionen in einem erheblichen Umfang bestehen (z.B. werden die Preise für Dienstleistungen und Tarife auch Ende 1993 erst rund 30 vH der Kosten decken). Auf der Einnahmenseite ist die Einschränkung von Steuervergünstigungen (vor allem bei der Mehrwertsteuer und Gewinnsteuer) und die Anwendung der Mehrwertsteuer auch auf alle Importe mit Ausnahme derer aus der GUS geplant.

- Zur Verminderung bzw. Finanzierung des im 1. Halbjahr 1993 entstandenen Defizits der Handelsbilanz mit Rußland in Höhe von rund 120 Mrd. Rubel wurde die Erhöhung der Inlandspreise für Erdöl und Erdölprodukte beschlossen. Zukünftig sollen die steigenden Preise für Energieträgerimporte verstärkt überwältigt werden.
- Die Regierung beabsichtigt, keine neuen außerbudgetären Fonds einzurichten.

Daß diese Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die anvisierte Begrenzung des Budgetdefizits zu erreichen, kann jedoch als sicher gelten.

Ähnliche Zweifel scheinen hinsichtlich der Maßnahmen zur Förderung des Strukturwandels angebracht zu sein. Im einzelnen ist vorgesehen:

- Bis Mitte 1994 soll die Zahl der Güter, für die bisher noch Preis- oder Gewinnobergrenzen existieren, schrittweise verringert werden.
- Zur Stimulierung der Ausfuhren sollen bis Ende 1993 alle Exportsteuern und Mengenbegrenzungen aufgehoben werden, wenn nichts anderes in internationalen Verträgen vorgesehen ist.
- Der private Wirtschaftssektor soll durch Vereinfachungen bei der Lizenzerteilung, durch bessere Bedingungen für den Zugang zu Krediten und Märkten sowie durch stärkere Liberalisierung ausländischer Investitionen gefördert werden. Die Privatisierung der Staatsunternehmen und von Grund und Boden soll beschleunigt werden.
- Bis Jahresende will die Regierung für einige nicht zahlungsfähige Unternehmen erstmalig ein Konkursverfahren einleiten. Nicht unbegründet ist allerdings die Befürchtung, daß angesichts des beträchtlichen politischen Einflusses des Unternehmensmanagements diese Absichten vielfach unterlaufen werden können.
- Die Staatsaufträge sollen etappenweise abgeschafft werden. Im Jahre 1992 umfaßten sie noch 43 vH der gesamten Industrieproduktion. Es ist vorgesehen, ihren Umfang bis Ende 1993 so zu reduzieren, daß sie nur noch 17 vH der Industrieproduktion betreffen. Für 1994 ist eine weitere Reduzierung der Staatsaufträge auf 10 bis 12 vH der Industrieproduktion vorgesehen.

Das letztere Vorhaben kollidiert nicht unerheblich mit den Vorgaben des Programms für die strukturelle Umgestaltung der Industrie in den neunziger Jahren, das im Frühjahr 1993 im Grundsatz vom Präsidium des Obersten Sowjet gebilligt wurde<sup>40</sup>. Das Programm knüpft explizit an

<sup>38</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., 1. und 2. Zusatzbericht, a.a.O.

<sup>39</sup> Pravitel'stvo Respubliki Belarus', Zajavlenie ob ekonomičeskoj politike, Minsk 1993.

<sup>40</sup> Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 26. Mai 1993; Kratkoe sodržanie i osnovnye vyvody programmy strukturnoj perestrojki na 90-e gody. Minsk 1993; Spravka o chode strukturnoj perestrojki v promyšlennosti respublik i osnovnych napravlenijach raboty v etoj oblasti. Minsk 1993.

industriepolitische Planungen an, wie sie bereits 1990 und 1991 entwickelt wurden. Es basiert auf der Überzeugung, daß der industrielle Strukturwandel nicht dem Markt überlassen werden darf, sondern eine staatliche Industriepolitik notwendig ist, um mit direkten und indirekten Steuerungsinstrumenten die beschleunigte Entwicklung der für die Wirtschaft der Republik strategisch wichtigen Zweige und Produktionsbereiche zu gewährleisten. Als zentrales Ziel der Industriepolitik gilt die Erreichung der internationalen Konkurrenzfähigkeit in ausgewählten Zweigen der verarbeitenden Industrie. Vorrangig gefördert werden sollen der Werkzeugmaschinenbau, die elektronische Industrie, der Gerätebau, die Produktion von Computern und Nachrichtentechnik, die pharmazeutische Industrie sowie die Produktion von Kunststoffen und Baumaterialien. Die für die Entwicklung dieser Schlüsselbereiche wichtigen Unternehmen sollen in staatliche Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Als Förderungsmaßnahmen für die Prioritätssektoren sind sowohl Vergünstigungen bei Steuern, Abschreibungen und Krediten als auch staatliche Investitionszuschüsse vorgesehen. Für etwa 100 Unternehmen sollen betriebsbezogene Programme zu ihrer Umstrukturierung ausgearbeitet werden. Hinzu kommen über 30 Projekte zur Modernisierung und zur Forschungsförderung in einzelnen Schwerpunktbereichen wie Nachrichtentechnik oder Elektronik.

Die Umsetzung dieser industriepolitischen Vorstellungen würde eine marktwirtschaftliche Transformation in Weißrußland faktisch blockieren. Nahezu die gesamte Investitionsgüterindustrie befände sich weiterhin unter unmittelbarer staatlicher Kontrolle. Auch würden die wesentlichen Investitionsentscheidungen durch den Staat getroffen. Im Rahmen der Schwerpunktprogramme wird selbst die Entwicklung einzelner Produktionsbereiche in bestimmten Unternehmen staatlich geplant. Die Entstehung eines vom Staat unabhängigen Unternehmenssektors, das Kernstück jeder Marktwirtschaft, ist unter den Bedingungen einer derartigen Industriepolitik kaum vorstellbar.

### Privatisierung

Die rechtlichen Grundlagen für den Privatisierungsprozeß in Weißrußland wurden nach mehreren Verzögerungen mit dem am 19. Januar 1993 verabschiedeten „Gesetz über die Entstaatlichung und die Privatisierung staatlichen Eigentums“ geschaffen<sup>41</sup>. Die konkreten Ziele, Objekte und Verfahren der weißrussischen Privatisierung sind jedoch erst in dem Privatisierungsprogramm genannt, das am 16. Juni 1993 vom Obersten Sowjet verabschiedet wurde. Dieses Programm sieht vor, daß insgesamt zwei Drittel des weißrussischen Betriebsvermögens privatisiert werden sollen, 10 bzw. 20 vH in den Jahren 1993 bzw. 1994. In diesem Programm werden zum einen die Branchen aufgeführt, die einer vorrangigen Privatisierung unterliegen sollen. Dies sind im einzelnen der Einzelhandel und sonstige Dienstleistungen, die Leicht- und Nahrungsmittellindustrie, der Straßengüterverkehr, die Holzverarbeitung,

das Baugewerbe, landwirtschaftliche Zulieferer und Weiterverarbeiter und der Maschinenbau. Hinzu kommen verlustbringende Betriebe sämtlicher Branchen sowie stillgelegte Betriebe und das Vermögen aufgelöster Betriebe. Zum anderen nennt das Programm allerdings auch Beschränkungen für die Entstaatlichung bzw. Privatisierung. So sind Objekte, die auf einer vom Obersten Sowjet verabschiedeten Liste aufgeführt sind, prinzipiell von Privatisierung oder Entstaatlichung ausgenommen. Dazu dürften Betriebe zählen, die etwa in rüstungsnahen Bereichen angesiedelt sind. Bei anderen Betrieben kann eine Privatisierung nur nach einer entsprechenden Entscheidung des Ministerrats durchgeführt werden, wobei in jedem Fall ein „Aktienkontrollpaket“ in staatlichem Eigentum verbleibt; von dieser Beschränkung betroffen sind Bereiche, wie die Energiewirtschaft, die Brennstoffindustrie, die Schwarz- und Buntmetallurgie sowie die wichtigsten Großhandelszentren.

Das Privatisierungsprogramm soll auf Republiksebene vom Ministerrat und auf kommunaler Ebene von den zuständigen Gremien umgesetzt werden. Zu diesem Zweck hat der Ministerrat am 20. August 1993 einen Beschluß zur Verabschiedung eines Privatisierungsprogramms für das Republikseigentum verabschiedet, das sich an den Vorgaben des allgemeinen Privatisierungsprogramms orientiert; entsprechende Beschlüsse werden von den Kommunen für die Privatisierung des Eigentums ausgearbeitet, das sich in ihrer Verfügungsgewalt befindet. Die technische Abwicklung der Privatisierung erfolgt auf Republiksebene durch die staatliche Vermögensverwaltung, die unmittelbar dem Ministerrat unterstellt ist, und auf kommunaler Ebene durch die Privatisierungsorgane der örtlichen Volksdeputiertenräte. Die zulässigen Privatisierungsverfahren sind allerdings einheitlich durch das staatliche Privatisierungsprogramm festgelegt. Folgende Verfahren sind vorgesehen:

- Umwandlung von Staatsbetrieben in offene Aktiengesellschaften, deren Aktien öffentlich verkauft werden<sup>42</sup>;
- Kauf gepachteten Besitzes durch den bisherigen Pächter;
- Umwandlung von Pachtbetrieben in offene Aktiengesellschaften nach Vorgaben des Ministerrats, sofern der Pachtbetrieb zustimmt;
- Verkauf von Objekten staatlichen Eigentums auf Auktionen und durch Ausschreibungen;

<sup>41</sup> Zu den Einzelheiten vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands, Zweiter Zusatzbericht vom Mai 1993, a.a.O. Das Privatisierungsgesetz definiert in Art. 1 die Begriffe Entstaatlichung und Privatisierung wie folgt: Die Entstaatlichung umfaßt die teilweise oder vollständige Übertragung der Verwaltung wirtschaftender Subjekte vom Staat auf physische oder juristische Personen; die Privatisierung ist dabei ein Instrument der Entstaatlichung. Die Privatisierung schließt zusätzlich die Übertragung von Eigentumsrechten auf Private ein.

<sup>42</sup> Belegschaftsmitglieder erhalten einen Rabatt von 20 vH, wenn sie Anteile ihres Unternehmens erwerben.

— Schenkung von betrieblichen Objekten der sozialen Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Wohnhäuser, Sportstätten) an den neuen Eigentümer des Betriebs, der zur zweckgerichteten Nutzung verpflichtet wird.

Da das weißrussische Privatisierungsgesetz bestimmt, daß ein Teil des Staatseigentums kostenlos an die Bürger verteilt werden soll, wurde am 7. Juli 1993 das Gesetz „Über Namensprivatisierungsschecks der Republik Weißrußland“ in Kraft gesetzt. In Gesprächen mit Vertretern der weißrussischen Regierung wurde deutlich, daß diese Form der Massenprivatisierung das Kernstück der Eigentumsreformen sein soll. Dabei sei nicht vorrangig daran gedacht, unternehmensexterne Investoren zu beteiligen. Vielmehr sollen die Belegschaften ihre Privatisierungsschecks jeweils für den Erwerb des eigenen Betriebs verwenden und die weißrussischen Bürger ihre Wohnungen mit Hilfe dieser Schecks erwerben<sup>43</sup>.

Zum Stand der Privatisierung kann gegenwärtig keine Aussage gemacht werden. Es werden zwar von offizieller Seite Angaben zum Stand der Entstaatlichung gemacht; diese ist jedoch in der Regel eine reine Rechtsformtransformation, bei der der Staat alleiniger Eigentümer bleibt (vgl. Tabelle 10). So ist zu vermuten, daß die in Weißrußland praktizierte Entstaatlichung nicht dazu führt, daß die Unternehmen eigenverantwortlich und auf eigenes Risiko wirtschaften, sondern daß staatliche Kontrolle und Lenkung vollständig erhalten bleiben. Diese Entstaatlichung wird offensichtlich vornehmlich über die Verpachtung vorangetrieben, worauf auch die Beschäftigungsstatistik hindeutet (vgl. Tabelle 11). Diese Statistik zeigt insgesamt eine Dominanz der Beschäftigung in staatlichen bzw. staatlich gelenkten Betrieben, die im Jahr 1992 über 99 vH der Arbeitnehmer beschäftigten. Der Beschäftigtenanteil der Privatbetriebe mit nur 0,6 vH war demgegenüber verschwindend gering. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich an diesen Proportionen auch im Jahr 1993 wenig ändern wird.

Es bleibt der Eindruck, daß in Weißrußland an eine wirkliche Privatisierung, die unbeschränkte private Verfügungsrechte zum Ziel haben müßte, zumindest derzeit

nicht gedacht ist. Die Belegschaften sollen zwar über Privatisierungsschecks Eigentum an ihren Betrieben erwerben; die Betriebe werden allerdings gleichzeitig in umfangreiche staatliche Strukturprogramme eingebunden, die für private Verfügungsrechte keinen Raum lassen.

#### Rubelzone und Beziehungen zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Erklärtes geld- und währungspolitisches Ziel der weißrussischen Regierung ist die Zugehörigkeit Weißrußlands zur Rubelzone. Von der Teilnahme an der Rubelzone werden die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite, die Möglichkeit zur Partizipation an den Seigniorage-Gewinnen aus der Rubel-Emission sowie bessere Bezugs- und Absatzmöglichkeiten im zwischenrepublikanischen Handel erwartet. Nachdem Rußland durch die Rubel-Umtauschaktion vom Juli eine Entscheidung der anderen Republiken über deren Teilnahme an einer Rubelzone erzwungen hatte, unterzeichneten Rußland, Weißrußland sowie Armenien, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan Anfang September ein Abkommen über eine neue Rubelzone<sup>44</sup>.

<sup>43</sup> Das Gesetz besagt im einzelnen, daß jeder weißrussische Bürger entsprechend individuell festgelegter Quoten zwei Arten von Privatisierungsschecks erhält: Für den Erwerb von Wohnraum sowie für den Erwerb von Objekten des Staatsvermögens im Rahmen der oben genannten Verfahren. Zuteilungskriterien sind das Lebens- und das Dienstalter; Invaliden werden unabhängig vom Alter mit Sonderzuteilungen bedacht. Die Privatisierungsschecks können direkt für den Erwerb von Wohnungen und Vermögensobjekten verwendet oder auch transferiert werden: Sie können verkauft, Vertrauenspersonen zur Verfügung gestellt, speziell lizenzierten Investmentfonds übertragen oder vererbt werden.

<sup>44</sup> *Soglašenje o praktičeskich merach po sozdaniju rublevoj zony novogo tipa*, Minsk, September 1993. Nach dem Abkommen sollen die Regelungen in bezug auf die einzelnen Mitgliedsländer in inhaltlich identischen bilateralen Abkommen zwischen Rußland und diesen Ländern geregelt werden. Daher wird im folgenden nur das entsprechende Abkommen zwischen Rußland und Weißrußland erläutert.

Tabelle 10

Stand und Perspektiven der Entstaatlichung in Weißrußland 1991-1994

Jahr	Anzahl der entstaatlichten Objekte p.a.		
	Insgesamt	davon: Eigentum der Republik	Eigentum der Kommunen
1991 <sup>1)</sup>	61	19	42
1992 <sup>1)</sup>	184	32	152
1993 <sup>2)</sup>	293	66	227
1993 <sup>3)</sup>	500	100	rund 400
1994 <sup>4)</sup>	700	—	—

1) Jahresende. — 2) Januar-August. — 3) Schätzung Jahresende. — 4) Geplant.

Quelle: Gosekonomplan Respubliki Belarus' / Naučno — Issledovatel'skij Ekonomičeskij Institut (NIEI), Real'nye adaptaciownye processy v ekonomike: situacija na gosudarstvennych predprijatijach, privatizacija u konversija oboronnoj promyšlennosti, Minsk 1993.

Tabelle 11

**Beschäftigtenanteile nach Betriebsarten in Weißrußland 1990-1992**  
in vH

Betriebsart	Jahr		
	1990	1991	1992
Staatsbetriebe	85,4	71,7	66,9
Aktiengesellschaften	—	0,4	0,7
Pachtbetriebe	—	5,6	8,2
Gesellschaftliche Betriebe	—	1,1	0,9
Wirtschaftsassoziationen	—	1,9	0,0
Privatbetriebe	—	0,2	0,6
Kooperativen	2,0	1,6	0,7
Kolchosen	12,6	12,5	14,0
Verbraucherkooperativen	—	3,5	3,4
Misch- und Kollektivbetriebe	—	1,4	4,3
Joint-ventures	0,0	0,2	0,3

*Quellen:* Siehe Tabelle 10. — Eigene Berechnungen.

Darüber hinaus haben Weißrußland und Rußland ein Abkommen über den Beitritt Weißrußlands zum russischen Geldsystem unterzeichnet<sup>45</sup>. Dieses Abkommen sieht eine weitgehende Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik der beiden Staaten vor. Im einzelnen sollen Weißrußland und Rußland den russischen Rubel als einheitliche Währung erhalten, eine gemeinsame Wechselkurspolitik gegenüber Drittländern betreiben und einheitliche Regelungen treffen bezüglich der Zinspolitik, der Obergrenze für Budgetdefizite, der Geld- und Kreditemission, der Festlegung von Mindestreserveanforderungen für die Geschäftsbanken und der Bankenaufsicht. Ferner sieht das Abkommen eine Koordination der Fiskalpolitik, eine gemeinsame Handelspolitik und eine Zollunion, eine gemeinsame Einkommens-, Sozial- und Preispolitik sowie eine Harmonisierung der Steuersysteme vor.

Die dazu notwendigen gesetzgeberischen Voraussetzungen sollen bis Anfang Januar 1994 erfüllt sein; in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Abkommens soll der weißrussische Rubel parallel zum russischen in Umlauf bleiben. Mit Vollendung der Währungsunion sollen weißrussische Buchgeld-Rubel zu einem Kurs von 1:1 in russische Rubel eingetauscht werden; weißrussische Bargeld-Rubel, auch Verrechnungsschecks genannt, sollen dann aus dem Umlauf genommen und durch russisches Bargeld ersetzt werden. De facto käme der Beitritt Weißrußlands zu einer derartigen Rubelzone der Abtretung der geldpolitischen Souveränität und des wirtschaftspolitischen Entscheidungsspielraums an Rußland gleich. Die derzeitige Geld- und Währungspolitik Weißrußlands entspricht jedoch nicht den geforderten Bedingungen. Eine zentrale Koordination der Geld- und Kreditpolitik mit Rußland erfolgt nicht, vielmehr folgt die Zentralbank den wirt-

schaftspolitischen Zielen der weißrussischen Regierung. Eine weitgehende Trennung und Segmentierung der nationalen „Kapitalmärkte“ ermöglicht die Festsetzung von Kreditobergrenzen sowie Zins- und Refinanzierungssätzen. Auch in den übrigen wirtschaftspolitischen Bereichen, die das Abkommen nennt, findet derzeit keine Koordination statt.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um den Fortbestand der Rubelzone setzt sich die weißrussische Regierung für die Arbeit der zwischenstaatlichen Bank ein, die im August 1993 operativ werden sollte<sup>46</sup>, ihre eigentliche Tätigkeit aber bisher nicht aufgenommen hat. Dabei wird an die Tätigkeit der Bank offensichtlich die Hoffnung geknüpft, daß diese, ähnlich dem Vorbild der europäischen Zahlungsunion der 50er Jahre, den schrittweisen Übergang zur Konvertibilität, verbunden mit der Bereitstellung von Handelskrediten durch Rußland, ermöglichen kann. Bei den derzeitigen Handelsbeziehungen in der GUS ist Rußland jedoch ein struktureller Gläubiger eines solchen Systems. Es ist dabei fraglich, ob Rußland zur Bereitstellung von zinsgünstigen Handelskrediten auf Dauer bereit sein wird. Die Rückführung von russischen Zentralbankkrediten an Staaten der GUS ist für eine monetäre Stabilisierung in Rußland erforderlich. Daher wird die zwischenstaatliche Bank nur als Verrechnungsstelle für Länder mit unterschiedlichen Währungen, nicht aber als eine Institution der Rubelzone fungieren. Die Satzung der zwischen-

<sup>45</sup> Soglašenje ob obedinjenii denežnoj sistemy Respubliki Belarus' s denežnoj sistemoj Rossijskoj Federacii, Minsk, September 1993. Ein weiterer Vertrag über eine Wirtschaftsunion der GUS-Staaten wurde Ende September 1993 unterzeichnet.

<sup>46</sup> Vgl. VWD-Osteuropa vom 2. August 1993.

staatlichen Bank sieht entsprechend vor, daß auf Rußland 50 vH, auf Weißrußland nur 6,6 vH der Stimmen im Aufsichtsrat der Bank entfallen und daß die Bank als multilaterale Clearingstelle auf Grundlage des russischen Rubel arbeiten soll. In bilateralen Verträgen sollen Höchstgrenzen für die Defizite der teilnehmenden Länder festgelegt werden<sup>47</sup>.

Der Zahlungsverkehr zwischen Weißrußland und Rußland wird seit Januar 1993 nur noch dann über Korrespondenzkonten bei den Zentralbanken abgewickelt, wenn in bilateralen Handelsverträgen spezifizierte Güter betroffen sind<sup>48</sup>. Alle übrigen Transaktionen müssen über Konten bei Geschäftsbanken abgewickelt werden. Seit Juli dürfen auch russische Geschäftsbanken Korrespondenzkonten in Weißrußland errichten; zuvor war dies nur weißrussischen Banken in Rußland erlaubt<sup>49</sup>. Weißrußland soll von Rußland offiziell nur noch dann zwischenstaatliche Kredite erhalten, wenn die Kreditsumme in konvertibler Währung, umgerechnet zum laufenden Wechselkurs, ausgedrückt wird und der Berechnung der Zinsen Weltmarktzinsen zugrunde liegen<sup>50</sup>. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden seit März 1993 die auf dem offiziellen Minsker Devisenmarkt ermittelten Kurse angewendet. Erlöse weißrussischer Exporteure aus dem Geschäft mit Rußland müssen seitdem in vollem Umfang in weißrussische Buchgeld-Rubel umgetauscht werden, zuvor hatte der Umtauschsatz bei 50 vH gelegen. Auch für Exporterlöse aus Geschäften mit der Ukraine und den baltischen Staaten gilt seit diesem Zeitpunkt die volle Umtauschpflicht. Im einzelnen wird der Zahlungsverkehr mit den GUS-Staaten und den baltischen Staaten durch bilaterale Abkommen geregelt. Die Verschuldung<sup>51</sup> weißrussischer Unternehmen gegenüber den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist zwischen April und August 1993 von 15,8 Mrd. Rubel auf 77,3 Mrd. Rubel (+389 vH) angestiegen. Dieser Anstieg liegt deutlich über der Zunahme der Verbraucherpreise im selben Zeitraum. Von der gesamten Verschuldung entfielen rund zwei Drittel auf Rußland und ein weiteres Drittel auf die Ukraine. Werden Energielieferungen berücksichtigt, lag die Verschuldung Anfang August bei 279,8 Mrd. Rubel, wovon 77 vH auf Rußland entfallen<sup>52</sup>.

Für eine zukünftige Währungspolitik Weißrußlands gibt es zwei Optionen: die Abtretung wirtschaftspolitischer Autonomie an Rußland im Rahmen einer einheitlichen Rubelzone oder die Schaffung bzw. Beibehaltung einer eigenen Währung. Unabhängig von der ausgewählten Option müssen einschneidende Reformen im Bank- und Finanzwesen eingeleitet werden. Ziel eines klaren geldpolitischen Konzepts muß die Eindämmung der Geldentwertung sein. Ein solches Konzept sollte die Integration von Bar- und Buchgeldkreisläufen, die Beschränkung der Vergabe zinsgünstiger Kredite an Unternehmen und die Schaffung eines marktgerechten geldpolitischen Instrumentariums umfassen.

Entscheidet sich Weißrußland für die Option der Rubelzone, könnte es von einer derartigen Währungsunion durchaus profitieren, wenn in Rußland auf längere Sicht stabilitätsorientierte Maßnahmen ergriffen werden. In Anbetracht der derzeitigen Instabilität in Rußland selbst und der daraus resultierenden Zeit, die bis zur Umsetzung der in dem Abkommen über die Vereinheitlichung der Geldsysteme genannten Maßnahmen verstreichen würde, dürfte Weißrußland jedoch kaum eine andere Wahl haben als die Einführung einer eigenen Währung. Ohnehin ist fraglich, ob die mit dem Abkommen verbundenen Hoffnungen erfüllt werden können. Die endgültige währungspolitische Abkoppelung Weißrußlands von Rußland, die durch die Trennung weißrussischen und russischen Buchgelds sowie die Einführung der weißrussischen Parallelwährung de facto bereits erfolgt ist, kann jedoch nur ein Teil des stabilitätsorientierten Reformpakets sein.

### Zusammenfassung und Ausblick

Der Transformationsprozeß in Weißrußland gestaltet sich durch die starke Abhängigkeit vom Handel mit Rußland und die Folgekosten der Katastrophe von Tschernobyl besonders schwierig. Die weißrussische Regierung versucht, dieser besonderen Herausforderung durch eine Doppelstrategie zu begegnen. Sie strebt einerseits eine Wiederherstellung der alten Lieferverbindungen mit den anderen GUS-Staaten und insbesondere mit Rußland und andererseits einen grundlegenden Wandel der Produktionsstruktur in Richtung technologieintensiver Bereiche an, wobei die erklärte Absicht besteht, die direkten staatlichen Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe zu vermindern und das Finanzgebaren zu konsolidieren. Ihr Ziel in der kurzen Frist ist es jedoch, die bestehenden Produktionskapazitäten so weit wie möglich auszulasten, um negative Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu vermeiden<sup>53</sup>.

Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die Regierung unterschiedlicher Maßnahmebündel. Der Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung sollen die Steuerung nahezu aller Investitionen, ein verzweigtes Netz staatlicher

<sup>47</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. August 1993; VWD-Osteuropa vom 2. August 1993.

<sup>48</sup> Daniel Gros: The Interstate Bank: An End to Monetary Disintegration in the Former Soviet Union. Paper presented for the conference „Economic Relations Among the Successor Republics of the USSR“, IIASA, Wien, März 1993, S. 13.

<sup>49</sup> International Monetary Fund: Russian Federation, Economic Reviews, No. 8, Washington D.C. 1993, S. 33.

<sup>50</sup> Gosekonomplan, NIEI; Podgotovka analitičeskich dokladov o funkcionirovanii ekonomiki Belarus' v pervom polugodii 1993 goda, Minsk 1993.

<sup>51</sup> Betrachtet werden die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (ohne Rohstofflieferungen).

<sup>52</sup> Gosekonomplan, ..., a.a.O.

<sup>53</sup> Vgl. dazu auch Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., 2. Zusatzbericht, a.a.O.

Auftragsvergabe sowie eine weitreichende Kontrolle des Außenhandels durch Lieferverträge, Lizenzen und Steuern dienen. Dazu paßt, daß das Eigentum am Kapitalstock und am Boden bisher nahezu uneingeschränkt beim Staat verblieben und eine Privatisierung von Staatsunternehmen lediglich in der Planung ist. Außerdem sollen Preiskontrollen und umfangreiche Preissubventionen, direkte Lohnindexierung, diskretionäre Lohnanpassungen und staatliche Sozialleistungen dazu beitragen, die soziale Lage der Bevölkerung zu stabilisieren.

Die bisherige Erfolgsbilanz dieses Maßnahmenbündels ist ambivalent. Vor allem ist es auch 1993 gelungen, die Beschäftigung auf dem früheren Stand zu halten; die Arbeitslosenquote beträgt unverändert 1,2 vH. Die Realeinkommen der Haushalte sind nach einem durch die Preisliberalisierung induzierten Rückgang im Vorjahr bis August 1993 nahezu konstant geblieben. Das Nationaleinkommen und die Industrieproduktion sind gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Zurückgegangen ist außerdem erneut der Außenhandel; und zwar sowohl mit anderen GUS-Staaten als auch mit Drittländern.

Die Kosten dafür, den Status quo ante so gut es geht aufrechtzuerhalten, nahmen im Verlauf des Jahres immer bedrohlichere Formen an. Die Finanzierung der Betriebe durch über die Geschäftsbanken bereitgestellte Zentralbankkredite trug zu stark schwankenden Inflationsraten in der Größenordnung von 20 bis 30 vH je Monat bei. Preissubventionen verzehren mittlerweile 25 vH aller Staatsausgaben und engen damit den Handlungsspielraum der Regierung bei den dringend benötigten Infrastrukturinvestitionen und der Humankapitalbildung weiter ein. Die Investitionen gehen auch 1993 zurück, da die Unternehmen ihre Wertschöpfung in Form von Nominallohnsteigerungen an die Belegschaft weitergeben. Private Investitionen — auch aus dem Ausland — gibt es angesichts der anhaltenden makroökonomischen Instabilität und der Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat kaum.

Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß der Versuch der Strukturkonservierung noch lange durchgehalten werden kann. Der ohnehin schon nur auf GUS-Märkten wettbewerbsfähige Kapitalstock veraltet zunehmend, und es wird damit immer schwieriger, die Beschäftigung durch Ausweitung des Haushaltsdefizits und eine weitere Zunahme von Zentralbankkrediten aufrechtzuerhalten, weil bei steigenden Inflationsraten die realen Staatseinnahmen tendenziell zurückgehen. Außerdem führen hohe Inflationsraten im Verein mit Preiskontrollen zu stark verzerrten Preisrelationen, so daß auch für die Regierung kaum noch erkennbar ist, wo besondere Engpässe bestehen und welche Allokationsentscheidungen erforderlich sind.

Um derartig düstere Prognosen nicht Realität werden zu lassen, hat die Regierung mittelfristige Reformen angekündigt, deren Kernstücke eine Entstaatlichung der Wirtschaft, Strukturwandel und die Wiederbelebung der Rubelzone sein sollen. Letzteres muß im Hinblick auf die Erwartung der weißrussischen Regierung bewertet werden,

auf diese Weise wieder ausreichende Energielieferungen zu Preisen unter Weltmarktniveau aus Rußland zu sichern und leichteren Zugang zu den GUS-Märkten und zu weiteren Rubelkrediten zu erhalten. Dafür wäre die weißrussische Regierung bereit, den Preis einer nahezu völligen Aufgabe ihrer fiskal- und geldpolitischen Autonomie zu zahlen. Unter der Annahme, daß Rußland nach den Wahlen im Dezember zu einer handlungsfähigen Regierung und einem geordneten Transformationsprozeß zurückfindet, könnte in der Tat die Währungsunion für Weißrußland einen Stabilitätsimport bedeuten. Jedoch ist nicht nur die weitere Entwicklung in Rußland höchst unsicher, sondern es muß auch in Betracht gezogen werden, daß eine für Rußland angemessene Geld- und Fiskalpolitik für Weißrußland nicht unbedingt gleichermaßen geeignet sein muß. Und schließlich stellt eine Währungsunion keinesfalls sicher, daß Rußland bereit ist, Energielieferungen nach Weißrußland großzügig zu subventionieren. Gerade bei einer an den Bedürfnissen Rußlands orientierten Wirtschaftspolitik dürfte dies kaum zu erwarten sein. Deshalb wird Weißrußland kaum eine andere Wahl bleiben, als mit einer eigenen Währung und einer nationalen Geld- und Fiskalpolitik den Transformationsprozeß voranzutreiben.

Einer Beschleunigung des Transformationsprozesses soll offenbar auch die in einem Schreiben an den Internationalen Währungsfonds erklärte Absicht der Regierung dienen, die Inflationsrate durch Subventionskürzungen, Preisliberalisierung, Ausgabenkürzungen und mehr geldpolitische Disziplin zu verringern sowie die Entstaatlichung der Wirtschaft voranzutreiben. In die gleiche Richtung zielt auch das nunmehr verabschiedete Privatisierungsprogramm, demzufolge bis Ende 1994 10 bis 20 vH des Betriebsvermögens über Namensprivatisierungsschecks veräußert werden sollen. Diese Privatisierungsmethode führt zwangsläufig zu einer Insiderprivatisierung und damit zu einer Verfestigung bestehender Interessenstrukturen. Sie ist insbesondere deshalb fragwürdig, weil der weiterhin vorhandene Zugriff der Unternehmen auf Zentralbankkredite Anreize für eine effiziente Produktion in den Unternehmen nicht entstehen läßt. Deshalb ist nicht zu erwarten, daß dieser graduelle Ansatz den notwendigen Spielraum für private Investitionen und einen an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierten Strukturwandel schafft. Dies gilt um so mehr, als wichtige Wirtschaftsbereiche wie etwa Energie ohnehin von der Privatisierung ausgenommen und andere strukturkonservierende Elemente der Wirtschaftspolitik, wie Staatsaufträge und Regulierung des Außenhandels, erhalten bleiben sollen.

Im Lichte dieser Bewertung erscheint es dann auch als folgerichtig, wenn die Regierung in ihrem Struktur Anpassungsprogramm starke industriepolitische Akzente setzt. Der Strukturwandel wird staatlich konzipiert, und die Investitionen bleiben staatlich gelenkt. Wie immer bei solchen Vorhaben stellt sich die Frage nach den Kriterien für diese Form von Wirtschaftslenkung. Es überzeugt nicht, daß Weißrußland — wie in dem Programm vorgesehen — ein

international wettbewerbsfähiger Standort für technologieintensive Produktionen sein soll. Dafür fehlen zu viele Voraussetzungen im Bereich der Infrastruktur und des verfügbaren Humankapitals. Außerdem bleibt völlig offen, wie die Finanzierung der notwendigen Investitionen sichergestellt werden soll, ohne die Gefahr einer dauerhaften makroökonomischen Destabilisierung heraufzubeschwören.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, daß bis zum Herbst 1993 in Weißrußland der Rückstau an notwendiger Strukturanpassung größer und die makroökonomische Lage prekärer

geworden ist. Substanzielle Reformen lassen nach wie vor auf sich warten. Die vorliegenden Absichtserklärungen der Regierung sind teilweise nicht problemadäquat, in sich widersprüchlich und deswegen wenig überzeugend. Aus diesem Grund bieten sich auch vergleichsweise wenige Ansatzpunkte für die Unterstützung durch westliche Geber. Außer der schon im letzten Bericht empfohlenen Marktöffnung der EG und der Hilfe bei der Beseitigung der Tschernobyl-Folgen bleibt für bilaterale Geber nur die technische Zusammenarbeit beim Aufbau marktwirtschaftlicher Institutionen.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 128 **Wettbewerbsfähigkeit im zivilen europäischen Großflugzeugbau.** Von Kurt Hornschild. 149 S. 1992. DM 78,—.
- Heft 129 **Struktur und Entwicklungschancen in der Region Westsachsen.** Von Doris Cornelsen, Angela Scherzinger, Hartmut Usbeck, Horst Lambrecht, Hans Neumann, Sabine Radke, Ralf Schmidt, Erika Schulz, Cord Schwartau. 228 S. 1992. DM 112,—.
- Heft 130 **Individuelles Verkehrsverhalten im Wochenverlauf.** Von Uwe Kunert. 275 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 131 **Die feinkeramische Industrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 354 S. 1992. DM 112,—.
- Heft 132 **Ökologische Sanierung und wirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern.** — Ökologisches Sanierungskonzept Leipzig / Bitterfeld / Halle / Merseburg. Von Heike Belitz, Jürgen Blazejczak, Martin Gornig, Michael Kohlhaas, Erika Schulz, Thomas Seidel und Dieter Vesper unter Mitarbeit von Rainer Lüdigg. 177 S. 1992. DM 78,—.
- Heft 133 **Die Entwicklung des Wettbewerbs auf den Hörfunk- und Fernsehmärkten in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Wolfgang Seufert. 205 S. 1992. DM 88,—.
- Heft 134 **Ermittlung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 299 S. 1992. DM 108,—.
- Heft 135 **Produktion und Produktionsfaktoren für Ostdeutschland. Kennziffern 1980 -1991.** Von Bernd Görzig. 131 S. 1992. DM 74,—.
- Heft 136 **Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung — Analyse der strukturellen Entwicklung.** Von Frank Stille u. a. 270 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 137 **Die Entwicklung des Straßenverkehrs in der Volksrepublik China bis zum Jahr 2000 — Chinesisch-deutsche Forschungsarbeit.** Teil I: Von Gerd Bahm u. a. Teil II: Von Hartmut Kuhfeld, Werner Rothengatter, Ulrich Voigt u. a. 593 S. 1992. DM 164,—.
- Heft 138 **Beschäftigungswirkungen von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen — Eine sektorale und gesamtwirtschaftliche Untersuchung.** Von Gustav A. Horn. 204 S. 1993. DM 88,—.
- Heft 139 **Zugang zu Bildung, Bildungsbeteiligung und Ausgaben für Bildung — Entwicklungen im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Friederike Behringer und Wolfgang Jeschek. 214 S. 1993. DM 92,—.
- Heft 140 **Wirkungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland.** Von Kornelia Hagen, Volker Meinhardt, Wolfgang Scheremet, Angela Scherzinger. 170 S. 1993. DM 84,—.
- Heft 141 **Die Reform der EG-Strukturfonds von 1988 — Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung aus deutscher Sicht.** Von Fritz Franzmeyer, Bernhard Seidel, Christian Weise. 140 S. 1993. DM 78,—.
- Heft 142 **Strukturelle Anpassungsprozesse in der Region Berlin-Brandenburg.** Von Kurt Geppert, Thomas Seidel, und Kathleen Toepel. 351 S. 1993. DM 152,—.
- Heft 143 **Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann. 193 S. 1993. DM 106,—.
- Heft 144 **Modellrechnung zu den steuerlichen Effekten des Wohnungsbaus mit Bezug auf globale Ergebnisse der Einkommenssteuerstatistik.** Von Bernd Bartholmai. 95 S. 1993. DM 82,—.
- Heft 145 **Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Herbert Lahmann, Siegfried Schultz und Christian Weise. 311 S. 1993. DM 158,—.
- Heft 146 **Analyse der direkten und indirekten Förderungseffekte für einen Wohnungsbaujahrgang am Beispiel Hamburgs.** Von Bernd Bartholmai. 110 S. 1993. DM 88,—.
- Heft 147 **Finanzielle und finanzpolitische Konsequenzen eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 138 S. 1993. DM 96,—.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.  
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.  
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Die wirtschaftliche Lage Weißrusslands.*

Dritter Zusatzbericht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —